

Dieser Vorfall bedeutet die Spaltung Deutschlands.

Neue Dokumente zur Münchener Ministerpräsidentenkonferenz im Juni 1947¹

In der Geschichte der Teilung Deutschlands kommt einem Ereignis eine ganz besondere Bedeutung zu: der Ministerpräsidentenkonferenz in München im Juni 1947. Es war die erste Konferenz seit Kriegsende, auf der die Regierungschefs aus allen vier Besatzungszonen zusammenkamen, und es sollte für viele Jahre zugleich die letzte gesamtdeutsche Konferenz sein. Die Konferenz war bereits gescheitert, noch ehe sie richtig begonnen hatte. Nach einer mehrstündigen Diskussion mit ihren westzonalen Kollegen über die Tagesordnung in der Nacht vom 5. auf den 6. Juni lehnten die ostzonalen Regierungschefs eine weitere Teilnahme ab und verließen um etwa 1.30 Uhr den Sitzungssaal der Bayerischen Staatskanzlei in der Prinzregentenstraße 7. Als sie sich vom bayerischen Ministerpräsidenten Hans Ehard verabschiedeten, der zu der Konferenz eingeladen hatte, stellte Ehard fest, daß „dieser Vorfall die Spaltung Deutschlands bedeute“². Diese Auslegung war bezeichnend und machte deutlich, daß sich wohl alle Beteiligten im klaren darüber waren, was sich da vor ihren Augen abspielte. Zwei Jahre später war Deutschland definitiv geteilt.

Seit jener denkwürdigen Nacht steht die Frage nach den Gründen für den Exodus der ostdeutschen Regierungschefs im Mittelpunkt aller Untersuchungen. Es verwundert nicht, daß die Antworten unterschiedlich ausfielen, zumal schon von den unmittelbar Beteiligten völlig konträre Meinungen vertreten wurden. So sprachen die westdeutschen Regierungschefs am Morgen des 6. Juni von einem „Versuch der Sprengung“ der Konferenz durch ihre ostzonalen Kollegen, was diese als „unwahr“ und „ungeheuerliche Beschuldigung“ zurückwiesen. Sie sahen den Grund für das Scheitern vielmehr in der „intransigenten“ Haltung der SPD-Ministerpräsidenten, die sie auf „Anordnungen Dr. Schumachers“ zurückführten, und Vorbehalte der westlichen Militärregierungen.³

Seit Veröffentlichung des geheimen Protokolls der nächtlichen Sitzung wissen wir, was in jener Nachtsitzung tatsächlich geschehen ist. Von einer Absicht der ostzonalen Regierungschefs, die Konferenz zu sprengen, kann wohl nicht die Rede sein. Sie hatten zwar gleich zu Beginn den Antrag gestellt, „als entscheidende Voraussetzung für die Verhandlungen der Konferenz folgenden ersten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Bildung einer deutschen Zentralverwaltung durch Verständigung der demokratischen Parteien und Gewerkschaften

¹ Das Schlüsseldokument der Konferenz, das geheime Wortprotokoll der nächtlichen Vorkonferenz, konnte ich 1975 veröffentlichen. – Zur Geschichte der Münchener Ministerpräsidentenkonferenz 1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 23 (1975), S. 375–453. Dort auch ausführlich die Vorgeschichte, Angaben zu Personen etc. Im folgenden beschränke ich mich daher auf wenige zusätzliche Anmerkungen.

² Zur Geschichte, S. 438.

³ Ebd., S. 376.

zur Schaffung eines deutschen Einheitsstaates“, aber in der Folge keineswegs bedingungslos auf dieser Forderung beharrt. Vielmehr reduzierten sie sie auf den Wunsch, lediglich eine Erklärung „entsprechend dem Antrag“ verlesen zu dürfen – und dies mit der ausdrücklichen Versicherung, daß daraus nicht das werden würde, was man auf der anderen Seite befürchtete: eine politische Demonstration. Denn „keiner der Konferenzteilnehmer dürfe bei ihnen eine hundertprozentige Taktlosigkeit voraussetzen, auch wenn sie aus der russischen Zone kämen“, wie das der Ministerpräsident von Thüringen, der ehemalige Sozialdemokrat Rudolf Paul, formulierte.

Aber die Regierungschefs aus den Westzonen gestanden ihnen auch dies nicht zu. Der Hinweis von Paul, er überlasse es dem Urteil der Anwesenden, ob eine Schuld bei den Vertretern aus der Sowjetzone liege oder nicht, daß sie erst am Abend nach München gekommen seien, verhalte ungehört; die westdeutschen Länderchefs ließen sich zu einer geradezu feindseligen Haltung hinreißen, sprachen von einem „Ultimatum“ der „russischen Herren“, wußten damit auch, warum diese keine Sachbearbeiter mitgebracht hatten, und sahen in allem nur den „kommunistischen Pferdefuß“.

War das alles wirklich so, oder sahen die Dinge nicht doch anders aus? Unstrittig ist, daß für den Verlauf der nächtlichen Konferenz von besonderer Bedeutung war, was sich im Vorfeld abgespielt hat. Hier wird erstmals anhand bislang nicht zugänglichen Materials versucht, den Entscheidungsprozeß auf ostzonaler Seite, von dem wir bislang überhaupt nichts wußten, ansatzweise nachzuvollziehen.

Es handelt sich dabei um Material des ehemaligen Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Dr. Erhard Hübener, aus dem Staatsarchiv Magdeburg.⁴ Die Dokumente zeigen den Entscheidungsprozeß aus der Sicht des Liberaldemokraten Hübener; die übrigen Ministerpräsidenten gehörten der SED an, auch wenn sich darunter ehemalige Sozialdemokraten wie etwa Paul aus Thüringen befanden. Vom Innenministerium der ehemaligen DDR wurde mir eine Einsicht mehrfach verweigert; im Frühjahr 1990 aber dann doch die Genehmigung erteilt.⁵ Die im folgenden abgedruckten Dokumente stammen aus diesem Bestand. Sie machen die Bemühungen Hübeners deutlich, um beinahe jeden Preis die Fahrt nach München zu ermöglichen. „Schon die Bekundung des unverrückbaren Willens zur Einheit seitens der von den Parlamenten der Länder gewählten Regierungschefs“, so notierte er unmittelbar nach Bekanntwerden der Einladung, „wird eine Tatsache sein, die nicht ohne jeden Eindruck auf die Regierungen der Besatzungsmächte bleiben kann“⁶. Die der SED angehörenden Ministerpräsidenten berieten sich am 10. und 11. Mai in Schierke im Harz. Der von ihnen unterzeichnete Entwurf einer Antwort⁷ auf die Einladung Ehards enthielt zwar keine freudige Annahme, sondern ein Mißbehagen und ließ sogar, so Hübener gegenüber seinen Kollegen Friedrichs und Paul am 21. Mai, deutlich Kritik erkennen, stellte jedoch immerhin eine

⁴ Staatsarchiv Magdeburg, Rep.: K-Min. Präs., Nr. 3883.

⁵ Das, was gezeigt werden kann, bleibt aber nach wie vor eine eingeschränkte Sicht. Die Suche nach einschlägigen SED-Unterlagen ist bislang erfolglos geblieben; im Zentralen Parteiarchiv gibt es lediglich eine nicht sehr aufschlußreiche spätere Darstellung des Ministerpräsidenten von Brandenburg, Steinhoff.

⁶ Dok. 1.

⁷ Dok. 2.

Zusage dar.⁸ Dann aber erwiesen sich erneute Verhandlungen als notwendig. Von „dritter Seite“ wurde dieser Entwurf nämlich beanstandet.⁹ Hübener vermutete gegenüber dem Chef der Verwaltung der Sowjetischen Militärischen Administration der Provinz Sachsen-Anhalt, Generalmajor Schljachtenko, daß die Verzögerung oder Behinderung auf das Betreiben der Führer der politischen Parteien, insbesondere der SED, zurückzuführen sei. Gleichzeitig machte er dem sowjetischen General deutlich, daß er einem Verbot durch die sowjetische Administration Folge leisten werde; sollte ein solches aber nicht ergehen, werde er unbekümmert um die Auffassungen der Parteien oder seiner Kollegen nach München fahren.

Offensichtlich hatten Walter Ulbricht und Wilhelm Pieck massiv interveniert. Das Ergebnis war der zweite Entwurf eines Antwortschreibens, den Friedrichs und Paul am 21. Mai Hübener vorlegten. Friedrichs kam bezeichnenderweise aus Berlin vom Zentralsekretariat der SED. Hübener äußerte seine Sorge, daß der Westen eine solche Antwort schlechthin als Absage ansehen und die Konferenz ohne ihre ostzonalen Kollegen abhalten werde. Als Folge daraus befürchtete er eine Versteifung der bizonalen Organisation, der sich auch die französische Zone anschließen werde. Die weitere Folge würde dann zwangsläufig der Ausbau der Berliner Zentralstellen zu einer Ostzonenregierung sein. Danach aber werde es „außerordentlich schwer und vielleicht auf Jahrzehnte unmöglich sein, zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu gelangen“¹⁰. Er konnte nicht ahnen, wie sehr er damit recht haben sollte.

Hübener verweigerte also die Unterschrift unter diesen Entwurf. Bestärkt wurde er in seiner Haltung wohl auch durch das Gespräch, das er am 17. Mai mit dem Generalsekretär des Länderrats der amerikanischen Zone, Erich Roßmann, geführt hatte¹¹. In einer gemeinsamen Sitzung des Kabinetts von Sachsen-Anhalt mit dem Landtagspräsidenten und dem Ältestenrat betonten alle Redner mit Blick auf die Konferenz, daß „jeder Versuch, die Einheit Deutschlands wiederherzustellen, unterstützt werden müsse“. Landtagspräsident Bruno Böttge hatte zuvor betont, es sei „berechtigtes Mißtrauen deswegen am Platze, weil angenommen werden müsse, daß hinter der Einladung die amerikanische Besatzungsmacht stehe“¹². Wir wissen zwar heute, daß nichts falscher als das war, aber so wurde es damals wohl gesehen.

Die Haltung Hübeners führte jedenfalls dazu, daß es zu dem Treffen zwischen Ehard und Friedrichs in Hof kam (eine Einladung nach Dresden hatte Ehard abgelehnt) und dann zu einem dritten Antwortentwurf, den Friedrichs auf einer Besprechung der Ostzonen-Ministerpräsidenten in Berlin vorlegte. Auch dieser Entwurf schien Hübener im Grunde eine „verklausulierte Absage“ zu sein; in dreistündiger Arbeit wurde er so „gewandelt“, daß er diesen Eindruck nicht mehr unbedingt zu machen brauchte und daß Hübener schließlich glaubte, „verantworten zu können, ihn mit zu unterzeichnen“. Gleichzeitig machte er klar, daß er so oder so an der Münchener Konferenz teilnehmen werde, wenn es ihm nicht verboten würde.

Am 2. Juni wurde Hübener zu Marschall Sokolowskij zitiert. Er entnahm dem Gespräch, daß die übrigen vier Regierungschefs nicht nach München fahren würden. Da er sich nicht in

⁸ Dok. 5.

⁹ Dok. 6.

¹⁰ Dok. 5.

¹¹ Dok. 4.

¹² Dok. 8.

offenen Gegensatz zu ihnen stellen wollte, sich ihrer Auffassung aber auch nicht anschließen konnte, erklärte er gegenüber Sokolowskij seine Absicht, als Ministerpräsident und Justizminister zurückzutreten. In dem langen Gespräch hatte Hübener seine Position klargemacht: er hielt es demnach für durchaus möglich, daß in München der Versuch gemacht würde, Deutschland ins Schlepptau der amerikanischen Politik zu bringen, daraus aber nicht die Konsequenzen wie seine Kollegen gezogen, deswegen fernbleiben zu wollen, sondern vielmehr die Verpflichtung abgeleitet, „hinzugehen und gegen jeden derartigen Versuch mit aller Gewalt anzugehen“.¹³

Offensichtlich hat Hübener Sokolowskij überzeugt: Am Mittag des 4. Juni wurde er erneut von Generalmajor Schljachtenko empfangen, am Abend desselben Tages erteilte dieser die Zustimmung zur Reise nach München. Am Vormittag des 5. Juni teilte dann die Thüringische Staatskanzlei München telefonisch die Anreise der ostzonalen Regierungschefs mit. Hübener, dessen Entschlossenheit es wohl letztlich zu verdanken war, daß die Ostzonenvertreter an der Konferenz teilnahmen, war von deren Scheitern besonders enttäuscht. Zurück in Halle formulierte er eine Presseerklärung, die aber nicht erscheinen durfte; deren letzter Satz lautete: „Wenn die grenzenlose Not, in der und vor der wir stehen, nicht genügt, uns zur Verleugnung vorgefaßter Ansichten zu bekehren, auf welches Zuchtmittel des Himmels warten wir dann noch?“ Jene, die weiter auf die Einheit des Landes hofften, warteten vergebens. Von München führte die Entwicklung in Deutschland beinahe gradlinig zur Gründung von Bundesrepublik und DDR.

Dokument 1

Aufzeichnung Hübners

Halle, den 12. Mai 1947

Der Ministerpräsident des Landes Bayern hat die Ministerpräsidenten aller Länder und Provinzen der vier Besatzungszonen Deutschlands zu einer Konferenz eingeladen, die am 6. und 7. Juni in München stattfinden soll. Über die zur Beratung stehenden Fragen ist noch nichts Näheres mitgeteilt, doch besteht Klarheit über Sinn und Zweck der Zusammenkunft. Sie soll ein Bekenntnis aller deutschen Lande zur deutschen Einheit bedeuten, und es soll nach Wegen gesucht werden, die für die schnellstmögliche Erreichung dieses Zieles empfohlen werden können.

Niemand kann im voraus wissen, ob es gelingt, solche Wege zu weisen oder auf bekannten Wegen vorhandene Hindernisse wegzuräumen. Aber es kommt auch vielleicht nicht entscheidend darauf an, daß die Konferenz zu greifbaren praktischen Erfolgen führt. Schon die Bekundung des unverrückbaren Willens zur Einheit seitens der von den Parlamenten der Länder gewählten Regierungschefs wird eine Tatsache sein, die nicht ohne jeden Eindruck auf die Regierungen der Besatzungsmächte bleiben kann.

[gez.] Hübener¹⁴

¹³ Dok. 10.

¹⁴ handschriftlich.

Dokument 2

Abschrift.

Dresden, den . . .
beraten in Schierke am 11. 5.
mir vorgelegt am 12. 5. in Halle¹⁵

An den
bayrischen Ministerpräsidenten
Herrn Dr. Hans Ehard
München.

Herr Ministerpräsident!

Sie haben durch Telegramm vom 7. ds. Mts. allen Ministerpräsidenten der deutschen Länder den Vorschlag unterbreitet, in einer gemeinsamen Besprechung die Fragen zu erörtern, die sich aus der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage Deutschlands ergeben. Die unterzeichneten Ministerpräsidenten haben Ihren Vorschlag geprüft und sind der Meinung, daß eine solche Zusammenkunft eine nützliche Vorbereitungsarbeit für die Überwindung der wirtschaftlichen Not und für die Neugestaltung eines einigen, demokratischen Deutschland leisten könnte. Wir sind deshalb bereit, an der vorgeschlagenen Besprechung teilzunehmen, wobei wir darauf hinweisen, daß wir auf Grund unserer Verfassungen ausführende Organe der Länderparlamente sind. Wir halten die Durchführung der angebahnten zentralen Besprechungen der großen deutschen Parteien für dringend geboten, die durch die Beratung der Ministerpräsidenten nicht erschwert oder verzögert werden darf.

Bei dieser Bereitschaft unsererseits, jeden Beitrag für Maßnahmen zur Verbesserung der Lage des deutschen Volkes und zur Wiederherstellung der wirtschaftlichen und politischen Einheit Deutschlands zu leisten, sind wir der Auffassung, daß die Bildung einer deutschen Zentralverwaltung die vordringlichste Aufgabe ist, weil ohne sie eine Lösung der wirtschaftlichen Fragen kaum erfolgen könnte.

Wie wir hören, ist kein Vertreter der Hauptstadt Deutschlands – Berlin – zu dieser Beratung eingeladen worden. Wir dürfen annehmen, daß diese Einladung nachgeholt wird.

Der sächsische Ministerpräsident, Herr. Dr. h. c. Friedrichs, ist von uns beauftragt, die Tagesordnung und die Durchführung der Beratung zu vereinbaren.

Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung
(Dr. h. c. Friedrichs)
Ministerpräsident des Landes Sachsen
(Höcker)
Ministerpräsident des Landes Mecklenburg
(Dr. Hübener)
Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt

¹⁵ Handschriftlich von Hübener. Unterstreichungen i. O. von Hübener.

(Dr. Paul)
Ministerpräsident des Landes Thüringen
(Dr. Steinhoff)
Ministerpräsident der Mark Brandenburg

Dokument 3

Halle, den 16. Mai 1947

Auszug
aus der Niederschrift über meine Vorsprache bei
Herrn Generalmajor Schljachtenko¹⁶ am 15. Mai 1947

Bei meiner Vorsprache am 15. Mai 1947 habe ich Herrn Generalmajor Schljachtenko mitgeteilt, daß der ihm am Tag zuvor durch Herrn Obersten Rodjonow überreichte Entwurf eines gemeinschaftlichen Antwortschreibens der fünf Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone auf das Einladungsschreiben des bayerischen Ministerpräsidenten noch nicht abgegangen sei, weil sich erneute Verhandlungen als notwendig erwiesen hätten. Auf Befragen habe ich meine Vermutung geäußert, daß die Verzögerung oder Behinderung auf das Betreiben der Führer der politischen Parteien, insbesondere der SED, zurückzuführen seien. Ich habe als meinen Standpunkt hinzugefügt, daß ich natürlich einem Verbot durch die Sowjetische Administration Folge leisten, wenn ein solches aber nicht erginge, unbekümmert um die Auffassungen der Parteien oder meiner Kollegen nach München fahren würde. Ich habe Herrn General um möglichste Beschleunigung der Karlsruher Entscheidung gebeten. Es fand eine längere Unterhaltung über Bedeutung und Möglichkeiten der geplanten Konferenz statt. Unter anderem habe ich auf die Frage, welche staatsrechtliche Bedeutung gemeinsame Entschließungen der Ministerpräsidenten haben würden, meine Meinung dahin ausgesprochen, daß solche Entschließungen staatsrechtlich völlig unerheblich, daß sie lediglich gutachtliche Äußerungen sein würden, daß aber gleichwohl bei günstigem Ausgang der Verhandlungen weitgehende Folgen möglich seien; ich wies darauf hin, daß die wirklich großen Entscheidungen der Politik selten auf Paragraphen und Zuständigkeiten, sondern vielmehr auf dem Zwang der Dinge beruhen. Auf die Frage nach dem Ziel der Verhandlungen habe ich erklärt, daß Deutschland aufhören müsse, lediglich Objekt der Politik der Besatzungsmächte zu sein, daß es wieder völkerrechtliches Subjekt werden müsse und daß uns dies nicht vom Himmel als Geschenk gegeben werde, sondern erkämpft werden müsse. Auf die Frage, inwieweit dieser Kampf Aufgabe der Ministerpräsidenten und inwieweit der Parteiführungen zu sein habe, antwortete ich, daß die Aktivität der einen die der anderen in keiner Weise ausschlosse, daß sie alle, und nicht nur sie allein, bemüht sein müßten, zur Erreichung des Zieles beizutragen. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß von den an sich bekannten Bemühungen der Parteiführer im Volke kaum Notiz genommen worden sei, wenn

¹⁶ Chef der Verwaltung der Sowjetischen Militäradministration von Sachsen-Anhalt; Unterstreichungen i. O. von Hübener.

man von einem engen Kreis von Parteiführern absehe, daß aber über die bevorstehende Konferenz der Ministerpräsidenten im kleinsten Dorfe gesprochen werde. Wenn diese Veranstaltung durch die Eifersüchteleien der Parteien verhindert oder unfruchtbar gemacht werde, bestehe die Gefahr, daß die bestehende Verzweiflungsstimmung aller Zonen anwachse, während ich andererseits überzeugt sei, daß vernünftige Vorschläge der Ministerkonferenz [!] auf die Besatzungsmächte ihren Eindruck nicht verfehlen würden. Auf die Frage, in welcher Richtung solche Vorschläge sich bewegen könnten, habe ich darauf hingewiesen, daß zum Beispiel die Anregungen des Herrn Molotow auf der Moskauer Konferenz eine Grundlage böten, bei der m. E. übereinstimmende Beschlüsse der Ministerpräsidenten möglich sein müßten.

Der Herr General versprach, tunlichst bald eine Entscheidung herbeizuführen und mir mitteilen zu wollen.

[gez.] Hübener¹⁷

Dokument 4

Halle, den 19. Mai 1947

Vermerk.

Am Spätnachmittag des 17. Mai¹⁸ traf bei mir der Generalsekretär des Länderrats der amerikanisch besetzten Zone, Herr Roßmann aus Stuttgart, zu einem Besuche ein, der sich bis in die späten Abendstunden ausdehnte. Herr Roßmann kam aus Weimar und beabsichtigte, in den nächsten Tagen auch nach Potsdam, Dresden und wohl auch nach Schwerin zu fahren. Der offenbare Zweck seiner Reise war es, etwaige Bedenken gegen die Teilnahme der Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone an der Münchener Konferenz auszuräumen. Herr Roßmann stammt aus Pößneck in Thüringen, wohnt auch jetzt dort und macht von dort aus seine Fahrten zu den verschiedenen Ministerpräsidenten. Durch seine thüringische Abstammung und seine alten Beziehungen ist er in der Lage, über die gegenwärtigen Verhältnisse in der sowjetischen Zone sich ein Bild zu machen.

Herr Roßmann schien Wert auf die Feststellung zu legen, daß die Initiative zur Münchener Konferenz ausschließlich von der bayerischen Regierung ausgehe. Erst nachträglich habe sie die Zustimmung der amerikanischen Besatzungsmacht eingeholt. General Clay sei anfänglich überrascht gewesen und habe mit seiner Zustimmung gezögert, weil er ursprünglich der Ansicht war, daß die Regelung der deutschen Dinge Sache der Besatzungsmächte und nicht Sache der Deutschen sei. Erst nachdem er seine Bedenken zurückgestellt hatte, sei auch der Stuttgarter Länderrat informiert worden. Dieser habe das bayerische Vorgehen begrüßt und unterstützt.

Der Grund für das bayerische Vorgehen sei die schwere Enttäuschung gewesen, die der Ausgang der Moskauer Verhandlungen vielleicht nicht den eingeweihten Politikern, aber

¹⁷ Handschriftlich.

¹⁸ Unterstreichungen i. O. von Hübener.

doch der großen Masse des Volkes bereitet habe. Es herrsche allgemeine Angst vor dem nächsten Winter. Man sei überzeugt, das deutsche Volk habe nicht die Kraft, noch einen Winter wie den letzten mit Hunger und Kälte zu ertragen. Jede gepeinigete Kreatur habe das Recht zur Klage. Das Volk verlange von seinen Regierungen, daß sie diesen Gefühlen Ausdruck gäben. Die große Resonanz, die die Münchener Einladung gefunden habe, zeige, wie richtig diese Erwägungen der bayerischen Regierung gewesen seien.

Natürlich hätten auch die Parteien sich zu Wortführern der deutschen Not machen können. Wir könnten aber nicht darauf warten, bis sie sich hierüber untereinander verständigten. Außerdem handele es sich bei den Vorkehrungen für den nächsten Winter zum großen Teil um unmittelbare Staatsaufgaben, deren Durchführung Sache der staatlichen Behörden sei. Die Münchener Konferenz solle aber in keiner Weise eine parallele Arbeit der Parteien ausschließen oder behindern.

Für die Zustimmung der amerikanischen und der englischen Besatzungsmacht dürften folgende Erwägungen maßgeblich sein: Die Westmächte seien gewillt, aus ihrer bisherigen Reserve herauszutreten. Der Sieg über Deutschland werde den Westmächten allmählich ganz einfach zu teuer. Nachdem alle Zwangsgewalt in ihre Hände gekommen sei, hielten sie sich für das Wohl des besetzten Gebietes für verantwortlich. Sie handelten auch danach. Die USA entnehme dem Lande für ihre Besatzungsmacht nichts anderes als nur frisches Obst und Eier, und auch diese würden nur im Austausch gegen andere Lebensmittel bezogen. Die amerikanische Zone habe schon für fast ½ Milliarde Dollars Lebensmittel bewilligt. Die Rückflüsse aus diesem Kredite würden nicht etwa zur Abdeckung der Lebensmittelschulden benutzt, sondern würden in die deutsche Wirtschaft hineingepumpt. Durch alle diese Maßnahmen seien die Vereinigten Staaten an der Prosperität Deutschlands unmittelbar interessiert. Aus diesem Grunde nähmen sie jetzt Interesse an einer politischen Aktivierung Deutschlands. Die Vereinigten Staaten brauchen offenbar – so hat es freilich Herr Roßmann nicht formuliert – einen leistungsfähigen Schuldner.

Die gegenwärtige Zweizonenverwaltung stelle keinen Ersatz für das angestrebte neue Deutschland dar. Die Zweizonenverwaltung sei im Grund nur ein bürokratischer Faktor, aus dem das erforderliche politische und wirtschaftliche Leben nicht kommen könne. Die Verhältnisse drängten zu einer Neugestaltung. Nun sähen die Deutschen des Westens die Gefahr, daß die Fortbildung der bestehenden Ansätze dazu führen könnte, daß sich nur der Westen konsolidiere. Das wollen sie nicht. Sie möchten mit den Deutschen des Ostens zusammengehen. Dies gälte auch für die Bayern, von denen immer angenommen werde, daß sie am wenigsten Verständnis für die gemeinsamen Interessen Deutschlands hätten. Es ist dem Westen Ernst mit der Schaffung einer Einheit. Und deshalb muß die Münchener Anregung angesehen werden als ein letztes Mittel, die Deutschen des Ostens wieder mit den Deutschen des Westens organisch und organisatorisch in Verbindung zu bringen. Aus diesem Grund ist die Teilnahme und Mitarbeit der ostdeutschen Ministerpräsidenten an der Münchener Tagung von allergrößter Bedeutung.

Die in den letzten Sätzen von mir verkürzt wiedergegebenen Gedanken bildeten den Gegenstand einer sehr langen Aussprache, die von Seiten des Herrn Roßmann behutsam geführt wurde. Die von mir formulierten Sätze stellen notwendigerweise eine Vergrößerung des Gesprächsinhalts dar. Aber auch wenn ich nachträglich die Unterhaltung überdenke und mir vor Augen führe, daß Herr Roßmann jede Wendung vermieden hat, die als Drohung oder

Nötigung aufgefaßt werden könnte, so gewinne ich doch den Eindruck, als ob wenigstens Herr Roßmann für den Fall der Nichtbeteiligung der Ministerpräsidenten die Gefahr der deutschen Spaltung als ganz akut ansieht.

Herr Roßmann besprach sodann mit mir die Frage, wie das Programm der Verhandlungen zu gestalten sei. Er betonte, daß er die gleiche Frage auch den übrigen Ministerpräsidenten des Ostens vorlegen wolle. Man sei bereit, unseren Wünschen weitgehendst entgegenzukommen, alles wegzulassen, was uns bedenklich erscheine, und zur Verhandlung zu bringen, was wir für richtig hielten. Er bat mich um meine Meinungsäußerung über die nachfolgenden Punkte.

1) Erörterung der rein wirtschaftlichen Fragen; Rohstoffe, Demontagen, Interzonen- und Außenhandel. Es bestand kein Zweifel, daß diese Fragen zur Erörterung drängen.

2) Erörterung der Fragen der künftigen Reichskonstruktion. Ich empfahl, diese Fragen nicht zu sehr zu vertiefen, bei der unvermeidbaren Festlegung eines Grundprogramms aber von den Vorschlägen Molotows auszugehen. Dieser Gedanke schien Herrn Roßmann neu und erwägenswert zu sein.

3) Entnazifizierung. Der Westen hat das dringende Bedürfnis, die Angelegenheit im Einklang mit den Besatzungsmächten zum schnellen Ende zu führen. Auch ich habe dies für notwendig erklärt.

4) Klarlegung der gesundheitlichen Verhältnisse in Deutschland vor den Augen der Welt. Auch ich bekannte mich zu der Ansicht, daß einerseits das deutsche Volk von uns verlangt, daß wir nicht schönfärben, daß andererseits im Auslande der Ernst der Lage nicht genügend bekannt ist. Übrigens gewann ich den Eindruck, als ob in dieser Hinsicht die Verhältnisse im Westen noch trostloser liegen als bei uns.

5) Reparationen. Ich habe empfohlen, diese Frage mit äußerster Zurückhaltung zu behandeln. Am besten ganz zu streichen. Wird das Schwergewicht auf diese Frage gelegt, verliert m. E. die ganze Konferenz die an sich bestehenden Möglichkeiten, auf die Besatzungsmächte zu wirken.

6) Flüchtlingsfrage. Hier liegt es m. E. wie bei der Frage der Volksgesundheit.

7) Man beabsichtigt, auf der Tagung ein Bild davon zu geben, daß es neben dem Deutschland des Faschismus jederzeit auch ein ganz anderes Deutschland gegeben habe und daß die schwersten Opfer, die der Nationalsozialismus der Welt aufgelegt hat, in Deutschland selbst gebracht worden sind. Wenn ich mir auch von der Darlegung dieser Tatsachen für den Augenblick keine allzu große Wirkung verspreche, habe ich doch dagegen keine Einwendungen erhoben.

8) Grenzfragen. Ich habe größte Zurückhaltung, am besten Vermeidung der Aufwerfung dieser Frage empfohlen. Es ist wichtiger, was aus dem Deutschland zwischen der Oder und der Maas wird, als die Frage der Zugehörigkeit einiger Kreise östlich der Oder zu erörtern. Deutschland hat auch nicht das mindeste Interesse daran, die Konflikte zwischen den Besatzungsmächten zu verschärfen, und man soll deshalb Themen vermeiden, die in dieser Richtung wirken könnten.

9) Herr Roßmann warf die Frage auf, ein Besatzungsstatut zu fordern. Ich habe davor dringend gewarnt. Es kommt für uns alles darauf an, aus der gegenwärtigen Rolle der Passivität herauszukommen und wieder völkerrechtlich existent zu werden. Gewiß werden wir noch lange nicht gleichberechtigtes Mitglied der Völkerfamilie sein. Aber wir müssen wieder völkerrechtliches Subjekt sein. Das muß die wichtigste Forderung der ganzen Konferenz

werden. Hiermit ist der Gedanke eines Besatzungsstatuts nicht vereinbar, das vielleicht Deutschland im einzelnen lediglich als Gegenstand und nicht als Vertragspartner behandeln würde.

[gez.] Hübener¹⁹

Dokument 5

Halle, den 21. Mai 1947

Vermerk.

Gestern mittag 14 Uhr erschien bei mir überraschend der Ministerpräsident des Landes Sachsen, Herr Dr. h. c. Friedrichs. Er kam aus Berlin vom Zentralsekretariat der SED. Von dort aus war der Ministerpräsident von Thüringen, Herr Dr. Paul, gebeten, gleichfalls nach Halle zu kommen. Bald nach 3 Uhr traf auch Herr Dr. Paul bei mir ein.

Herr Dr. Friedrichs brachte den Entwurf eines Antwortschreibens der fünf Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone auf das Einladungsschreiben des bayerischen Ministerpräsidenten Ehard mit und bat Dr. Paul und mich um Zustimmung zu dem Entwurf. Das Schreiben sollte an die Stelle eines ersten Entwurfs²⁰ treten, den die der SED angehörigen Ministerpräsidenten am 11. Mai 1947 in Schierke vereinbart hatten und zu dem am Tage darauf Herr Dr. Friedrichs in Halle meine Mitunterschrift erbeten und schließlich auch erhalten hatte. Während der erste Entwurf zwar keine freudige Annahme der Einladung enthielt, sondern ein Mißbehagen, ja eine Kritik deutlich erkennen ließ, immerhin aber doch eine Zusage darstellte, erschien mir der zweite Entwurf in der praktischen Wirkung als eine Absage. Das kurze, in seinem ganzen Ton wenig verbindliche Schreiben ging davon aus, daß eine Besprechung der deutschen Lage nur dann Nutzen verspräche, wenn sie auf breiter Grundlage, unter Hinzuziehung der politischen Parteien, der Gewerkschaften und anderer Organisationen erfolge. Ferner wurde eine Verlegung des Tagungsortes von München nach Berlin verlangt. Wenn auch ein Schlußsatz Verhandlungen zwischen Dr. Friedrichs und Ministerpräsident Ehard über alle Fragen vorschlug, blieb doch bei mir der Eindruck bestehen, daß sich die Ministerpräsidenten der Ostzone bei Absendung dieses Schreibens praktisch der Münchener Einladung versagen würden.

Ich habe mit den Kollegen eingehend die voraussichtlichen politischen Auswirkungen eines solchen Schreibens besprochen. Besonders unter Hinweis auf unsere Besprechungen mit dem Generalsekretär des Stuttgarter Länderrats, Roßmann, vom 17. d. Mts., der auch bereits bei Dr. Paul und Dr. Friedrichs vorgesprochen hatte, habe ich die Sorge zum Ausdruck gebracht, daß der Westen unseren Schritt schlechthin als Absage ansehen und die Konferenz ohne uns abhalten werde. Als Folge hieraus sei eine Versteifung der Bizonalorganisation, der sich auch

¹⁹ Handschriftlich. – Zu dem Bericht, den Roßmann über diese Reise anfertigte, vgl. die Dokumentation von Manfred Overesch, Die Reise des Generalsekretärs des Länderrates Roßmann in die Ostzone vom 15. bis 20. Mai 1947, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte, 23 (1975), S. 454–466.

²⁰ Dokument 2.

die französische Zone anschließen werde, zu befürchten. Die weitere Folge werde zwangsläufig der Ausbau der Berliner Zentralstellen zu einer Ostzonenregierung sein. Danach aber werde es außerordentlich schwer und vielleicht auf Jahrzehnte unmöglich sein, zur politischen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands zu gelangen.

Herr Dr. Friedrichs sprach demgegenüber die Erwartung aus, daß es ihm gelingen werde, in persönlicher Verhandlung mit Herrn Ehard zu erreichen, daß an Stelle der Ministerpräsidenten-Konferenz in München eine große Veranstaltung mit Parteien und Gewerkschaften usw. trete. Das bedeute vielleicht eine geringfügige zeitliche Verschiebung, verspreche aber eine breitere politische Wirkung. Herr Dr. Paul schien meine Sorge, daß unser Schreiben die von mir befürchtete Wirkung haben könne, nicht für ganz unbegründet zu halten. Jedenfalls hielt er eine Abwandlung des Textes des Schreibens für erforderlich, das jedenfalls²¹ keinen ultimativen Charakter tragen dürfe. Gemeinschaftliche Versuche, den Text durch kleine Änderungen wesentlich zu verbessern, führten nicht zum Ziel.

Schließlich habe ich erklärt, daß ich das Schreiben nicht mit unterzeichnen würde. Ich habe hinzugefügt, daß ich, wenn die Münchener Tagung stattfindet und die Administration es mir nicht verbietet, hinfahren würde.

Herr Dr. Friedrichs fragte danach, wie ich es halten würde, wenn es ihm gelänge, mit Herrn Ehard zu einem gemeinsamen Programm für die Tagung zu gelangen. Ich habe darauf erklärt, daß dann eine ganz andere Lage gegeben wäre. Ich könnte mir z. B. vorstellen, daß die Münchener Konferenz stattfindet und Beschlüsse faßt, die eine zweite, größere Aktion mit Parteivertretern usw., vielleicht in Berlin, vorbereitet. Aber auch wenn Herr Ehard bereit sei, seine Einladung zu Gunsten einer größeren Aktion zurückzuziehen, so würde mir schließlich auch das recht sein; ich habe allerdings keinen Zweifel gelassen, daß ich nach den Mitteilungen von Herrn Roßmann hierfür keine Chancen sähe.

Schließlich wurde vereinbart, daß Herr Dr. Friedrichs mit Herrn Dr. Paul nach Weimar fahren werde und daß beide Herren versuchen würden, möglichst für heute eine Begegnung mit Herrn Ehard herbeizuführen.

[gez.] Hübener²²

Dokument 6

Provinzialregierung Sachsen-Anhalt
Der Ministerpräsident

Halle/Saale, den 22. 5. 47

Niederschrift

über die 28. Kabinettsitzung der Regierung der Provinz Sachsen-Anhalt am 22. Mai 1947

Punkt 1) . . .

Punkt 2) . . .

²¹ Dieses Wort i. O. wieder gestrichen.

²² Handschriftlich.

Punkt 3) Der Ministerpräsident berichtet eingehend über die Verhandlungen, die auf Grund der Einladung des Bayerischen Ministerpräsidenten zu der Ministerpräsidentenkonferenz am 6. und 7. Juni in München stattgefunden haben. Solche Verhandlungen sind am 17. 5. 1947 mit dem Generalsekretär des Länderrates in Stuttgart, Herrn Roßmann, und am 20. 5. 1947 mit den Ministerpräsidenten der Länder Sachsen und Thüringen, Dr. Friedrichs und Dr. Paul, geführt worden. Ein beabsichtigtes gemeinsames Antwortschreiben ist noch nicht abgegangen, weil der am 11. 5. in Schierke verfaßte und schließlich vom Ministerpräsidenten Dr. Hübener mitgezeichnete Entwurf von dritter Seite beanstandet worden ist. Ministerpräsident Dr. Friedrichs legte einen neuen Entwurf vor, in dem die Zuziehung maßgebender Führer der Parteien und der Gewerkschaften und die Abhaltung der Tagung in Berlin statt in München vorgeschlagen wird. Der Ministerpräsident erblickt in der zweiten Fassung der Antwort praktisch eine Absage und hat deshalb seine Unterschrift verweigert. Die Ministerpräsidenten Dr. Friedrichs und Dr. Paul haben es nun übernommen, mit dem Bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Erhard [!] darüber zu sprechen, ob eine Modifikation der Bayerischen Einladung in dem von Berlin aus vorgesehenen Sinne erreichbar ist. Der Ministerpräsident bringt zum Ausdruck, daß er gegen eine Erweiterung und Verlegung der Tagung dann nichts einzuwenden habe, wenn die einladende Stelle damit einverstanden ist, daß er aber – falls die Besatzungsmacht seine Teilnahme nicht verbiete – mit Rücksicht auf die große Bedeutung der Tagung für das deutsche Volk an dieser teilnehmen werde, wenn den Abänderungsvorschlägen nicht entsprochen würde.

Nachdem Minister Brusckke²³ eingehend über seine Eindrücke in der amerikanischen Besatzungszone berichtet hatte, in der insbesondere die katastrophale Ernährungslage der westlichen Zone zum Ausdruck gebracht wurde, die in der Bevölkerung einen tiefen Pessimismus und eine starke Kritik an der dortigen Besatzungsmacht und andererseits ein ungemeines Interesse an der Münchener Tagung zur Folge hat, beschließt das Kabinett auf Vorschlag des Ministers des Innern, die Angelegenheit am Freitag, dem 23. 5. 1947, dem Präsidium und dem Ältesten-Ausschuß des Landtages durch den Ministerpräsidenten vorzutragen.

[. . .]

Dokument 7

Der Ministerpräsident

Halle, den 23. Mai 1947

Vermerk.

Gestern wurde ich auf mehrfachem Wege gebeten, am Abend den Vorsitzenden der LPD, Herrn Dr. Külz²⁴, telefonisch anzurufen. In zwei Gesprächen zwischen 20 und 22 Uhr habe ich mit ihm die Münchener Frage besprochen. Er teilte mir mit, daß auf Grund meiner Verweigerung der Unterschrift unter dem Entwurf eines Antwortschreibens der Ministerpräsident Herr Ministerpräsident Dr. Friedrichs heute mittag 12 Uhr mit Herrn Ministerpräsident Ehard zusammenkommen werde, um mit diesem eine neue Grundlage für die Konferenz

²³ Werner Brusckke (SED), Finanzminister.

²⁴ Wilhelm Külz, Vorsitzender der Liberaldemokratischen Partei Deutschlands (LDPD).

zu besprechen. Bei diesen Verhandlungen werde die Teilnahme der Parteivertreter nicht als unabdingbare Voraussetzung behandelt werden; andererseits stehe zu erwarten, daß die Einladung auch auf die Vorsitzenden der Landtage ausgedehnt werde. Auch die Verlegung des Tagungsortes nach Berlin werde von Herrn Dr. Friedrichs nicht zur absoluten Bedingung gemacht werden. Ich wurde gefragt, wie ich mich zu einer Änderung des Gesamtplanes stellen würde.

Ich habe darauf erwidert, daß ich keinen Anlaß hätte, bayerischer zu sein als Herr Ehard und daß ich mich mit einer solchen Abänderung des Planes abfinden würde. Ich habe aber keine Zweifel gelassen,²⁵ daß ich nach München fahren würde, wenn eine solche Vereinbarung nicht zustande käme, die Münchener Konferenz stattfände und die Administration meine Reise nicht hindere. Mit diesen Auffassungen erklärte sich Herr Dr. Külz einverstanden.

Die längeren Gespräche, zwischen denen noch eine erneute telefonische Rücksprache des Herrn Dr. Külz mit Herrn Wilhelm Pieck²⁶ stattgefunden hatte, ergab, daß Herr Dr. Külz zwar von der Schierker Besprechung wußte, daß ihm aber nicht mitgeteilt worden war, daß am 11. ein entgegenkommenderes Antwortschreiben beschlossen und von mir am Tage darauf unterschrieben war. Wichtig war noch, daß Herr Pieck erklärte, daß das zweite Schreiben keinen ultimativen Charakter hätte haben sollen. Ich erklärte darauf, daß dann der Entwurf stilistisch unzulänglich gewesen sei; man würde im Westen dieses Schreiben zweifellos als Absage empfunden haben. Auch Herr Dr. Külz erklärte vorsichtig, daß der Entwurf nicht glücklich formuliert gewesen sei.

[gez.] Hübener

Dokument 8

Provinzialregierung Sachsen-Anhalt
Minister des Innern
Ia

Nr. 11
Halle/Saale, den 23. 5. 1947

Vermerk

Am 23. 5. 1947 fand eine gemeinsame Sitzung zwischen dem Kabinett der Provinzialregierung Sachsen-Anhalt, dem Landtagspräsidium und dem Ältesten-Rat des Landtages statt, an der für die Regierung der Ministerpräsident und sämtliche Minister, ferner Ministerialdirektor Gotsche und Ministerialdirektor Schlobach teilnahmen. Auch das Präsidium des Landtages war vollzählig vertreten, ferner Präsidialdirektor Behnke und ORR. Lorenz. Für die Fraktionen waren anwesend:

für die SED: Die Abgeordneten Koenen und Jungmann

für die LDP: Die Abgeordneten Schwarze und Wiegel

für die CDU: Die Abgeordneten Vizepräsident Dr. Hennemann und Dr. Hampel

²⁵ Unterstreichung i. O. von Hübener.

²⁶ Vorsitzender der SED.

für die SMA der Provinz: Oberst Rodonow und Hauptmann Aglatow.

Außer verschiedenen schwebenden Einzelfragen wurden folgende grundsätzliche Fragen erörtert:

1.) Der Ministerpräsident Dr. Hübener berichtet zunächst eingehend über die Verhandlungen, die auf Grund der Einladung des bayerischen Ministerpräsidenten zu der Ministerpräsidenten-Konferenz am 6. und 7. Juni in München stattgefunden haben. Er trägt im wesentlichen die gleichen Tatsachen vor wie in der Kabinettsitzung vom 22. 5. 47, die in Punkt 3) der Niederschrift festgehalten sind. Ergänzend teilt er noch mit, daß er inzwischen zweimal mit dem Parteiführer der LDP, Reichsminister a. D. Dr. Külz, telefoniert habe. Weiter bringt er zum Ausdruck, daß inzwischen am 23. 5. der Ministerpräsident Dr. Friedrichs mit dem bayerischen Ministerpräsidenten Dr. Ehard in Plauen oder Hof zusammentreffen werde. Nach den letzten Mitteilungen könne damit gerechnet werden, daß eine Verständigung über die Einladung erzielt werde und zwar auf der Basis, daß vor allen Dingen die Landtagspräsidenten der Länder und Provinzen der sowjetischen Besatzungszone zugezogen würden. Eine solche Zuziehung werde er nur begrüßen. Nachdem sich auch der Präsident des Landtages, Böttge, kurz zu der Münchener Tagung geäußert und insbesondere zum Ausdruck gebracht hatte, daß berechtigtes Mißtrauen deswegen am Platze sei, weil angenommen werden müßte, daß hinter der Einladung die amerikanische Besatzungsmacht stehe, nahmen für die CDU der Minister u. Landtagsabgeordnete Dr. Herwegen, für die LDP Minister Dr. Damerow und für die SED der Abgeordnete Koenen Stellung. Alle Redner brachten zum Ausdruck, daß jeder Versuch, die Einheit Deutschlands wieder herzustellen, unterstützt werden müsse. Vor allem müsse erstrebt werden, daß die in München erörterten Fragen vor einem größeren Kreis politischer und wirtschaftlicher Persönlichkeiten erörtert werden müssen. Der Abgeordnete Koenen trat dafür ein, daß versucht werden müsse, diesen Kreis schon zu der Münchener Tagung zuzuziehen, während die Herren Dr. Herwegen und Dr. Damerow die Meinung vertraten, daß neben der Münchener Tagung als deren Fortsetzung und Abschluß eine besondere Tagung der politischen Parteien, Gewerkschaften usw. stattfinden könnte.

[. . .]

Dokument 9

Halle, den 29. Mai 1947

Vermerk.

Am Abend des 27. Mai wurde ich telefonisch durch den Reichsminister a. D. Dr. Külz aus Berlin gebeten, am folgenden Tage in Berlin an einer Besprechung der Ministerpräsidenten der sowjetisch besetzten Zone teilzunehmen und vorher ihn in seiner Wohnung zu besuchen. Am 28. Mai vormittags 11 Uhr habe ich ihn aufgesucht. Er hatte am gleichen Morgen mit dem Vorsitzenden der SED, Herrn Wilhelm Pieck, gesprochen, konnte mir aber im Grunde kaum etwas Neues zur Sache sagen. Neu war mir nur die Mitteilung, daß die europäischen Ernährungsminister im Juli zur Beratung der internationalen Ernährungskrise zusammentreten werden, woraus hervorgeht, daß das Münchener Vorhaben nicht beliebig hinausgeschoben werden kann. Obwohl die Unterhaltung 1½ Stunden dauerte, gab sie mir für die

kommende Beratung kaum irgendeinen positiven Anhalt. Sie klärte mich auch nicht über die Gründe des sonderbaren Umstandes auf, daß die Einladung zu einer Konferenz der Ministerpräsidenten mir und vermutlich auch den Kollegen über unsere Parteien zuing.

Um 1 Uhr begann im früheren Luftfahrtministerium die Besprechung der Ministerpräsidenten. Dr. Friedrichs berichtete über die Hofer Verhandlungen mit dem Ministerpräsidenten Ehard und dem bayerischen Staatssekretär Pfeiffer. Sein Bericht brachte gegenüber den von der Presse gegebenen Mitteilungen wenig Neues. Nach den Ausführungen von Ehard schienen den Wünschen der Ostzone insbesondere drei Tatsachen entgegenzustehen: Dr. Schumacher²⁷ betrachtet argwöhnisch alles, was aus dem Osten kommt. Die französische Regierung ist jeder gesamtdeutschen Unternehmung abgeneigt und vermutlich um so mehr, eine je breitere Basis diese hat. Schließlich ist es für das Prestige der bayerischen Regierung schwer zu ertragen, wenn ihre Anregung so weitgehend abgewandelt wird, wie es die Vorschläge von Dr. Friedrichs wünschen.

Es ist zu keinem Ergebnis gekommen. Herr Ehard wird seinem Kabinett Bericht erstatten. Herr Dr. Friedrichs hat es übernommen, mit seinen Kollegen der Ostzone zu sprechen.

Herr Dr. Friedrichs legte einen neuen, also dritten Antwortentwurf vor, über dessen Entstehungsgeschichte mir nichts mitgeteilt wurde. Ich hatte aber den Eindruck, daß die übrigen Kollegen ihn mindestens zum Teil kannten. Auch dieser Entwurf schien mir im Grunde eine verklausulierte Absage zu sein. In dreistündiger Arbeit haben wir ihn so gewandelt, daß er diesen Eindruck nicht mehr unbedingt zu machen braucht und daß ich schließlich glaubte, verantworten zu können, ihn mit zu unterzeichnen.²⁸

Ich habe aber keinen Zweifel gelassen, daß, wenn die Bayern auf unsere Vorschläge nicht

²⁷ Kurt Schumacher, Vorsitzender der SPD.

²⁸ Die wichtigsten Änderungen lauteten:

Entwurf: „Bis zum Zustandekommen einer gewählten gesamtdeutschen Volksvertretung halten wir in erster Linie die Parteien, Gewerkschaften und andere demokratische Massenorganisationen für die berufenen Vertreter gesamtdeutscher Interessen. Wir sind der Auffassung, daß der in der Hofer Besprechung gemachte Vorschlag, Parteivertreter oder Landtagspräsidenten als Begleiter der Ministerpräsidenten mitzubringen, schwerlich dem demokratischen Prinzip unserer Tage entspricht.“

Endfassung: „Bis zum Zustandekommen einer gesamtdeutschen Volksvertretung halten wir in erster Linie auch die Parteien und Gewerkschaften für die berufenen Vertreter gesamtdeutscher Interessen. Wir sind der Auffassung, daß der in der Hofer Besprechung gemachte Vorschlag, Parteivertreter oder Landtagspräsidenten lediglich als Begleiter der Ministerpräsidenten mitzubringen, diesen Erfordernissen nicht gerecht wird.“

Entwurf: „Eine Konferenz, die ausschließlich von Ländervertretern beschiedt ist, schließt nach den Erfahrungen der deutschen Geschichte die Gefahr des Vorwärtstreibens partikularer Länderinteressen und damit einer Aufspaltung unseres Volkes in sich. Hinzu kommt der Eindruck, als solle durch die Zusammensetzung einer solchen Konferenz der Entscheidung des deutschen Volkes über den künftigen staatsrechtlichen Aufbau Deutschlands im Sinne einer föderativen Lösung vorgegriffen werden.“ Der zweite Satz in der Endfassung gestrichen.

Entwurf: „Deshalb schlagen wir vor: 1. Nochmals ernstlich zu prüfen, die Konferenz unter Einbeziehung der Vertreter der Parteien, Gewerkschaften und der antifaschistisch-demokratischen Massenorganisationen einzuberufen.“

Endfassung: „Nochmals ernstlich zu prüfen, die Konferenz unter Einbeziehung der Vertreter der Parteien und Gewerkschaften einzuberufen.“

Entwurf: „2. Den Termin zur Einberufung in dieser Beratung um kurze Zeit zu verschieben.“

Endfassung: Dieser Satz gestrichen.

eingehen und die Veranstaltung trotzdem stattfindet, ich teilnehmen würde, wenn es mir nicht verboten wird.

[gez.] Hübener²⁹

Dokument 10

Der Ministerpräsident

Halle a. S., den 3. Juni 1947

1) Vermerk

Am Spätabend des 31. Mai übermittelte mir Herr Hauptmann Gall die Aufforderung, Herrn Marschall Sokolowskij am 2. Juni aufzusuchen. Die Besprechung fand gestern in der Zeit von 14 Uhr bis 16.15 Uhr statt. Herr Marschall Sokolowskij besprach mit mir ausführlich die politische Lage und insbesondere die Fragen, die mit der Einladung nach München zusammenhängen. Nachdem ich seinen Äußerungen entnommen hatte, daß die vier anderen Ministerpräsidenten der Zone nicht nach München fahren werden und daß der Marschall eine Mitwirkung an der Münchener Konferenz als eine im amerikanischen Interesse liegende Handlung ansehen würde, habe ich erklärt, daß ich dann von einer Fahrt nach München Abstand nähme. Ein Verbot der Teilnahme ist nicht ergangen.

In diesem Zusammenhang habe ich dem Marschall folgenden Vorschlag gemacht: Da ich mich der Auffassung der anderen Ministerpräsidenten der Zone nicht anschließen könne, aber mich auch nicht zu ihnen in offenen Gegensatz stellen wolle, möchte ich aus meinen Ämtern als Ministerpräsident und Justizminister ausscheiden.

Ich habe während des langen Gesprächs wiederholt betont, daß sich in meinen außenpolitischen und wirtschaftspolitischen Anschauungen nicht das geringste geändert habe und daß ich insoweit durchaus in der Lage sein würde, im Sinne der bisherigen Blockpolitik weiter zu arbeiten. Eine unüberbrückbare Meinungsverschiedenheit zwischen den maßgebenden Kreisen der Ostzone und meinen Anschauungen liege in der deutschen Frage. Auch ich hielt es zwar für durchaus möglich, daß in München der Versuch gemacht würde, Deutschland ins Schlepptau der amerikanischen Politik zu bringen. Ich zöge aber daraus nicht die Konsequenz meiner Kollegen, deswegen fernbleiben zu wollen, vielmehr leitete ich daraus die Verpflichtung ab, hinzugehen und gegen jeden derartigen Versuch mit aller Gewalt anzugehen.

Der Herr Marschall hat sich zu meiner Rücktrittsabsicht nicht abschließend geäußert. Er hat mich nur sogleich und später bei der Verabschiedung freundlichst gebeten, alles noch einmal mit Sorgfalt zu überdenken.

Die Endfassung ist abgedruckt in: Die Deutsche Ministerpräsidenten-Konferenz in München vom 6. bis 8. Juni 1947, hrsg. von der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit, Augsburg 1965² (1. Auflage München 1947, hrsg. von der Bayerischen Staatskanzlei), S. 18. Diese Dokumentensammlung ist ein besonders gelungenes Beispiel dafür, wie durch Weglassen wichtiger Dokumente ein historischer Tatbestand verschleiert werden kann; das stenographische Wortprotokoll der nächtlichen Vorkonferenz wurde in der bayerischen Staatskanzlei aufbewahrt.

²⁹ Handschriftlich.

Dokument 11

Provinzialregierung
Sachsen-Anhalt
Der Ministerpräsident

(19 a) Halle (Saale), den 4. Juni 1947
Willy-Lohmann-Straße 7 – Fernruf 74 51

An den
Chef der Verwaltung der
Sowjetischen Militärischen Administration
der Provinz Sachsen-Anhalt
Herrn Generalmajor Schljachtenko,
Halle/Saale.

Sehr verehrter Herr General!

Nachdem ich vorgestern in einer längeren Besprechung, die mir Herr Marschall Sokolowskij gewährte, meine dahingehende Absicht mitgeteilt und begründet habe, überreiche ich Ihnen, Herr General, in der Anlage die Abschrift eines Schreibens vom heutigen Tage an den Herrn Präsidenten des Landtags von Sachsen-Anhalt, in dem ich ihm die Niederlegung meiner Ämter als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und als Justizminister mitteile.³⁰

Ich bitte gleichzeitig ergebenst, Herrn Marschall Sokolowskij von diesem Schritte Kenntnis geben zu wollen.

Mit dem Ausdruck der vorzüglichen Hochachtung verbleibe ich

Ihr sehr ergebener
[gez.] Hübener³¹

³⁰ Darin hatte es u. a. geheißen: „Ich bitte Sie, von mir die Mitteilung entgegennehmen zu wollen, daß ich hiermit meine Ämter als Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt und als Justizminister in Ihre Hände zurücklege.

Ich beabsichtige, nach dem Ausscheiden aus der Verwaltung die mir etwa noch beschiedenen Jahre voller Schaffenskraft wissenschaftlicher Arbeit zu widmen . . .“

Das hier abgedruckte Schreiben an Schljachtenko – wie auch eine Kopie des Rücktrittsgesuches an Innenminister Siewert – wurde nicht abgeschickt, da, wie Hübener am 9. Juni in einer handschriftlichen Notiz feststellte,

„nach meiner Unterredung mit General Schljachtenko, die am 4. 6. mittags stattfand, am Abend desselben Tages die Genehmigung zur Reise erteilt wurde“.

Über diese Unterredung war kein Protokoll aufzufinden.

³¹ Handschriftlich.

Aufzeichnung Hübeners:

Halle, den 7. 6. 1947

Ich bin mit großen Hoffnungen nach München gefahren, obwohl ich wußte, wie schwer es durch zwei Jahre Zonengrenzen geworden ist, nicht nur äußerlich, sondern auch geistig zusammenzukommen. Die freundliche Aufnahme, die wir fanden, die Tischreden der ersten und einzigen gemeinsam eingenommenen Mahlzeit schienen mir zwar zu bestätigen, daß eine Fülle von Vorurteilen hinwegzuräumen sein würde, daß aber andererseits ein allgemeines Verlangen hiernach bestand. Um so mehr enttäuschte es mich, daß es in der unmittelbar nachfolgenden Besprechung der Länderchefs nicht einmal gelungen ist, über die Tagesordnung der eigentlichen Konferenz ein Übereinkommen zu erzielen. Ich mag mich nicht an der Erörterung der Schuldfrage beteiligen und kann nur sagen, daß ich mich aufrichtig, freilich vergeblich bemüht habe, zum Zustandekommen einer Einigung beizutragen und daß ich auch heute noch der Meinung bin, daß dies hätte möglich sein müssen. Wenn die grenzenlose Not, in der und vor der wir stehen, nicht genügt, uns zur Verleugnung vorgefaßter Ansichten zu bekehren, auf welche Zuchtmittel des Himmels warten wir denn noch?

Dazu handschriftlicher Vermerk Hübeners:

Durchschlag einer Notiz für d. Tgl. Rundschau u. für unser Presseamt, die nicht hat erscheinen dürfen.

z. d. A.
Hb 16/1.